

VON PÉTER DOBROWIECKI

Trotz ihrer Brutalität, Intensität und Dauer zählt die Schlacht um Budapest zu den weniger bekannten Kapiteln des Zweiten Weltkriegs, insbesondere in Westeuropa. Dabei waren die Kämpfe so heftig, dass Zeitgenossen sie bereits als „zweites Stalingrad“ bezeichneten. Nachdem der sowjetische Belagerungsring um die Hauptstadt am 25. Dezember 1944 endgültig geschlossen worden war, verteidigten deutsche und ungarische Truppen Budapest noch rund 50 Tage lang. Schließlich unternahmen die in der Budaer Burg verbliebenen Verteidiger am 11. Februar 1945, in voller Kenntnis ihrer aussichtslosen Lage, einen Ausbruchversuch, obwohl ein solcher von höherer Stelle untersagt worden war. Von den etwa 25.000 Soldaten, die daran teilnahmen, gelang es lediglich 700 bis 800 Mann, nach mehreren Tagen die eigenen Linien zu erreichen.

Obwohl die ersten Verbände der rasch vorrückenden 2. Ukrainischen Front bereits Anfang November 1944 die Außenbezirke Budapests erreichten, waren weder die hastig zusammengezogenen deutsch-ungarischen Verteidigungskräfte noch die Zivilbevölkerung auf die bevorstehende Belagerung der Stadt vorbereitet. Warnsignale, wie die hastige Flucht hochrangiger Pfeilkreuzler-Funktionäre und Angehöriger der Sicherheitskräfte in den Tagen und Wochen zuvor, wurden von der Mehrheit der Bevölkerung nicht als bedrohlich wahrgenommen. Die antisemitische Pfeilkreuzler-Bewegung hatte nach der deutschen Besetzung Ungarns im März 1944 am 15. Oktober 1944 die Macht übernommen und sich kompromisslos für ein Bündnis mit dem „Dritten Reich“ eingesetzt. Dies geschah im Zuge des gescheiterten Versuchs von Reichsverweser Miklós Horthy, Ungarn aus dem Krieg herauszuführen, und war nur durch die direkte militärische Unterstützung deutscher Einheiten möglich.

Die Einkesselung der Stadt

Die ersten Zerstörungen erreichten die ungarische Hauptstadt bereits im Frühjahr 1944, als US-amerikanische Bomberverbände wiederholt Ziele in Budapest angriffen. Obwohl diese Luftangriffe tausende Todesopfer forderten, führten sie zu weit geringeren Zerstörungen als die insgesamt 102 Tage dauernden Kämpfe um die Stadt im Winter 1944/45. Während dieser Zeit wurde rund ein Drittel der Gebäude der ungarischen Hauptstadt beschädigt oder vollständig zerstört und nach unterschiedlichen Schätzungen von Historikern zwischen 25.000 und 38.000 Menschen getötet.

Besonders bedroht war das Leben der jüdischen Bevölkerung Budapests, die auch nach der Einstellung der Deportationen und der Unterbrechung der Zwangsmärsche in den Westen weiterhin unter den Terrorakten der Pfeilkreuzler zu leiden hatte. Tausende Juden, die entweder in dem unmittelbar vor Beginn der Kämpfe auf der Pester Seite errichteten Ghetto lebten oder sich in Häusern, die unter dem Schutz ausländischer diplomatischer Vertretungen und Organisationen standen, versteckt hielten, wurden von den Pfeilkreuzlern ermordet. Mehrere Massenerschießungen fanden im Januar 1945, nach der Kapitulation der Pester Seite, statt.

Ab Dezember 1944 lag die Verantwortung für die Verteidigung Budapests in den Händen von Karl Pfeffer-Wildenbruch, SS-Obergruppenführer und Kommandeur des IX. SS-Gebirgskorps. Adolf Hitler hatte ihn mit der Verteidigung der Stadt beauftragt, wobei er die Weisung erteilte, Budapest bis zur letzten Patrone und bis zum letzten Mann zu halten. Mit der Erklärung der Stadt zur „Festung Budapest“ war jeder Versuch eines geordneten Rückzugs untersagt. Die ungarischen Truppen unter dem Kommando von Generaloberst István Hindy wurden vollständig der deutschen Befehlskette unterstellt, was wiederholt zu schweren Span-



Sinnbild eines Untergangs: Blick von der Pester Seite über die zerstörte Kettenbrücke auf die Ruine der Budaer Burg 1945

BUDAPESTER TRAGÖDIE

Ein „zweites Stalingrad“

Seit Jahren versuchen europäische Links- und Rechtsextremisten, den Endkampf um die ungarische Hauptstadt zu instrumentalisieren. Tatsächlich eignet sich kaum ein Ereignis weniger dafür, mit der Vergangenheit Politik zu machen

nungen zwischen den Offizieren beider Armeen führte.

Am 23. Dezember 1944 schnitten die vorrückenden sowjetischen Verbände die Eisenbahnverbindung nach Westen ab und erreichten die zu diesem Zeitpunkt völlig ungeschützten westlichen Bezirke Budas. Hitler genehmigte erst in letzter Minute, am 24. Dezember die Verlegung eines Teils der deutschen Truppen von Pest nach Buda, verweigerte jedoch weiterhin die Aufgabe des Pester Brückenkopfes. Am 25. Dezember, schloss sich der sowjetische Belagerungsring auf der Budaer Seite vollständig, während mit dem Fall von Esztergom (Gran) am 27. Dezember auch der äußere Einschließungsring vollendet wurde.

Unzureichende Versorgung

In dieser chaotischen Anfangsphase der Belagerung gerieten durch unzureichende Reaktionen der Verteidiger große Teile der Lebensmittel-, Munitions- und Treibstofflager in den Randbezirken Pests in die Hände sowjetischer und rumänischer Truppen. Die Versorgung der Verteidiger wurde in der Folge fast ausschließlich durch Luftabwürfe und den Einsatz von Lastenseglern versucht, wobei sich dies als weitgehend ineffektiv erwies.

Die Grausamkeit der Kämpfe und das Ausmaß der Zerstörung sind durch zahlreiche Zeitzeugenberichte belegt. Sowohl die sowjetischen Truppen, für die es sich um die erste groß angelegte Belagerung einer Millionenstadt im Zweiten Weltkrieg handelte, als auch die deutschen und ungarischen Verteidiger setzten ihr gesamtes zerstörerisches Waffenarsenal ein. Die Luftschutzräume in Kellern, die nicht für langfristige Aufenthalte konzipiert oder ausgelegt waren, boten nur bedingt Schutz vor den anhaltenden Bombardierungen und Artilleriebeschüssen. Mit Fortschreiten der Kämpfe brach die städtische Infrastruktur zunehmend zusammen. Die Gas- und Stromversorgung wurde eingestellt, und auch die Brunnen, die zur Notversorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser dienten, waren nicht überall zugänglich. Um Wasser oder Nahrungsmittel zu beschaffen, sahen sich die Bewohner gezwungen, die relative Sicherheit ihrer Keller zu verlassen, womit sie sich einer weiter erhöhten Gefahr für Leib und Leben aussetzten mussten.

Berichte aus zeitgenössischen Tagebüchern und Aufzeichnungen belegen, dass die Möglichkeit eines erfolgreichen Entsatzes von außen oder Ausbruchs aus dem Belagerungsring von Beginn der Kämpfe an Gegenstand intensiver Diskussionen unter den an der Verteidigung beteiligten deutschen und ungarischen Soldaten unterschiedlicher Ränge war. Die deutsche Kommandostruktur in der Stadt hegte bis Ende Dezember 1944 die Hoffnung, eine offizielle Anweisung für einen Ausbruch zu erhalten. Am 26. Dezember 1944 erklärte SS-Obergruppenführer Pfeffer-Wildenbruch in einer Funkmeldung seine Absicht zum Ausbruch. Dies wurde jedoch am 28. Dezember durch einen direkten Befehl Hitlers strikt untersagt, woraufhin jegliche entsprechende Planung sofort eingestellt wurde. Auch spätere Ausbruchersuchen im Januar 1945 wurden kategorisch abgelehnt.

Unhaltbarkeit der Lage

Durch die schrittweise Zurückdrängung der improvisierten Verteidigungslinien auf der Pester Seite wurde bis Mitte Januar die Unhaltbarkeit des dortigen Brückenkopfes offensichtlich, was den Rückzug der verbliebenen deutschen und ungarischen Einheiten auf die Budaer Seite zur Folge hatte. Mit der schrittweisen Aufgabe Pests und dem Rückzug nach Buda erfolgte die systematische Sprengung der noch stehenden Donaubrücken.

Obwohl im Verlauf der Dezemberkämpfe mehrere Außenbezirke von Buda in sowjetische Hand fielen, gelang es den deutsch-ungarischen Verteidigungskräften, die wichtigsten strategischen Punkte im innerstädtischen Buda zu halten oder nach vorübergehenden Verlusten zurückzuerobieren. Erst mit der endgültigen Einnahme der Pester Seite durch die Rote Armee wurde der Druck auf die verbliebenen Verteidiger in Buda weiter verstärkt.

Angesichts der kritischen Lage startete das deutsche Oberkommando im Januar 1945 drei größere Einsatzoperationen mit dem Ziel, Budapest oder zumindest dessen westliches Vorfeld zu erreichen. Diese als „Unternehmen Konrad“ bezeichneten Offensiven führten dazu, dass erhebliche sowjetische Kräfte zur Verteidigung gegen diese Angriffe abgezogen wurden. Doch trotz dieser taktischen Ent-

lastung war keiner der Versuche erfolgreich, den Belagerungsring um die Stadt zu durchbrechen. Bis Ende Januar 1945 waren die verbliebenen deutschen und ungarischen Truppen nahezu vollständig auf das Gebiet des Burgbergs und dessen unmittelbare Umgebung zurückgedrängt.

Angesichts der aussichtslosen Lage entschied sich Pfeffer-Wildenbruch, ohne Genehmigung der obersten Führung, einen Ausbruchversuch zu genehmigen. Die hastig erarbeitete Planung sah vor, den Ausbruch für den Abend des 11. Februar 1945 anzusetzen. Die deutsche Truppenführung wurde erst am frühen Nachmittag des Tages über das Vorhaben informiert, während das ungarische Kommando erst unmittelbar vor dem geplanten Beginn des Ausbruchs um 20 Uhr von der Entscheidung erfuhr.

Ausbruch und Untergang

Rund 25.000 Soldaten, überwiegend deutscher Herkunft, unternahmen dann den verzweifelten Versuch, die sowjetischen Linien zu durchbrechen. Mehrere Tausend schwer verwundete Soldaten wurden in den provisorischen Lazaretten unter der Budaer Burg zurückgelassen. Der Ausbruchversuch fand unter streng winterlichen Bedingungen statt, wobei sich auch zahlreiche Zivilisten dem Marsch anschlossen, oft in völlig ungeeigneter Kleidung für die eisige Kälte und den tiefen Schnee. Trotz hoher Verluste gelang es den Ausbrechern zunächst, die ersten sowjetischen Verteidigungslinien zu durchbrechen. Auf dem anschließenden Marsch in Richtung der Budaer Berge kam es zu anhaltenden Gefechten mit sowjetischen Einheiten. In vielen Fällen entschieden bloßer Zufall oder die gute Ortskenntnis einzelner ungarischer Soldaten über eine vorübergehende Flucht oder den Tod beziehungsweise die Gefangennahme.

Die kleineren und größeren Gruppen von Ausbrechern, die es in die Budaer Berge geschafft hatten, wurden zwischen dem 12. und 13. Februar 1945 fast vollständig von sowjetischen Verfolgungseinheiten aufgerieben. Viele der fliehenden Soldaten gerieten entweder bereits vor dem Erreichen der deutschen Linien in Gefangenschaft oder fielen in unmittelbarer Nähe der eigenen Stellungen im Kampf. Von den an dem Ausbruchversuch betei-

ligten deutschen Soldaten konnten lediglich etwa 700 die eigenen Linien erreichen, ergänzt durch 90 ungarische Soldaten und Zivilisten, denen ebenfalls die Flucht gelang. Die letzten erfolgreich fliehenden erreichten am 20. Februar die eigenen Linien, während die Gefangennahme des letzten deutschen Soldaten des Ausbruchs am 17. März 1945 dokumentiert wurde. Die endgültige Ruhestätte der großen Mehrheit der gefallenen Soldaten ist bis heute unbekannt.

Trotz der umfangreichen dokumentarischen Überlieferung zur Belagerung von Budapest und dem gescheiterten Ausbruch galt jede wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Abschnitt der Geschichte während der kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa als unerwünscht und wurde aktiv unterdrückt. Erst nach dem politischen Umbruch der 1990er Jahre wurde eine Quellenkritische und wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas möglich. Parallel dazu konnten erstmals auch öffentliche Gedenkveranstaltungen zu den Ereignissen stattfinden. Insbesondere die angrenzenden Budaer Stadtbezirke bemühten sich um eine ideologiefreie und faktenbasierte Aufarbeitung dieses verheerenden Ereignisses der eigenen ungarischen Geschichte, wie auch weite Teile der ungarischen Geschichtswissenschaft. Auf dem zentralen Széna tér (früher Johannesplatz) in Buda erinnert seit einigen Jahren eine Freilichtausstellung an die tragischen Ereignisse. Der systemkritische, antikomunistische Sänger Tamás Cseh, beim Ausbruchversuch ein zweijähriges Kleinkind, der in diesem Stadtteil aufwuchs, komponierte 1996 hierzu die in Ungarn allseits bekannte tiefertraurige Ballade „Széna tér“ mit einem Text von Géza Bereményi, die auch auf Deutsch übersetzt wurde.

Missbrauch durch Extremisten

Seit Mitte der 1990er Jahre organisieren aber auch in- und ausländische rechtsextreme Gruppierungen am 11. Februar Gedenkveranstaltungen, die unter dem Namen „Tag der Ehre“ bekannt wurden. Aufgrund der ideologischen Ausrichtung dieser Veranstaltungen untersagten die ungarischen Behörden mehrfach deren Durchführung. Zugleich mobilisierten sowohl ungarische als auch ausländische linksextreme Gruppen regelmäßig Gegendemonstrationen, sodass es wiederholt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Lagern kam, bei denen auch unbeteiligte Personen verletzt wurden. Im Jahr 2023 verübte eine mehrheitlich aus deutschen Staatsangehörigen bestehende Antifa-Gruppe in Budapest eine Serie gezielter Angriffe auf Personen, die sie als rechtsextrem einstufte. Die ungarischen Sicherheitsbehörden nahmen mehrere Tatverdächtige fest.

Internationale Aufmerksamkeit erregte insbesondere der Fall der Italienerin Ilaria Salis, die trotz einer Anklage und Überstellung in den Hausarrest in Budapest bei den Europawahlen 2024 als Kandidatin des links-grünen italienischen Wahlbündnisses „Alleanza Verdi e Sinistra“ (AVS) ins Europäische Parlament gewählt wurde. Mit der Erlangung der parlamentarischen Immunität wurde ihr Hausarrest von den ungarischen Behörden aufgehoben, sodass sie nach Italien zurückkehren konnte. Im Anschluss stellte jedoch die ungarische Regierung beim Europäischen Parlament einen Antrag auf Aufhebung ihrer Immunität, um die strafrechtliche Verfolgung fortzusetzen.

Hinsichtlich der weiteren Mitglieder der Gruppe übernahm die Bundesanwaltschaft im Zusammenhang mit den Ermittlungen zur linksextremen Gruppierung „Antifa Ost“ um Lina E. die strafrechtliche Untersuchung gegen sieben Verdächtige.

● Péter Dobrowiecki ist Forschungsdirektor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit am Mathias-Corvinus-Collegium in Budapest. www.mcc.hu <https://magyarnemetintezet.hu/de/>